

# Ökologisch-Demokratische Partei



ÖDP – Jens Geibel, Rich.-Wagner-Str. 35, 50674 Köln

## Ministerpräsident Hendrik Wüst

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1  
  
40213 Düsseldorf

Vorab per Mail

## Betreff: Geplante Änderung des Wahlrechts in NRW – demokratische Bedenken

Jens Geibel  
Landesvorsitzender  
ÖDP Landesverband NRW

Kreisvorsitzender  
ÖDP Kreisverband Reg. Köln

Büro:  
Richard-Wagner-Straße 35  
50674 Köln

Telefon: +49 (0)2171 73 83 295  
Mobil: +49 (0)151 17 68 16 12  
Mail: [jens.geibel@oedp.de](mailto:jens.geibel@oedp.de)

Köln, den 03.02.2026

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchte ich Sie auf die aus meiner Sicht erheblichen demokratiepolitischen Probleme hinweisen, die mit dem geplanten Gesetzesentwurf zur Anhebung der notwendigen Unterstützungsunterschriften für Parteien und Einzelbewerberinnen und -bewerber in Nordrhein-Westfalen verbunden sind.

Die beabsichtigte Übernahme der bundeswahlrechtlichen Regelungen auf Landesebene bedeutet faktisch eine deutliche Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen zur Wahl. Künftig sollen alle Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind, erheblich mehr Unterstützungsunterschriften vorlegen müssen – unabhängig davon, ob sie neu gegründet wurden oder seit Jahrzehnten politisch aktiv sind. Dies betrifft ausdrücklich auch alteingesessene Parteien mit, durch hunderte Mandate, kommunaler Verankerung und parlamentarischer Vertretung auf europäischer Ebene, wie z.B. die ÖDP

Aus demokratischer Sicht ist diese pauschale Gleichbehandlung problematisch. Politische Relevanz und gesellschaftliche Verankerung werden nicht mehr an tatsächlicher politischer Arbeit, kommunalen Mandaten oder gewachsenen Strukturen gemessen, sondern ausschließlich am formalem Parlamentsstatus. Damit wird der Zugang zum politischen Wettbewerb nicht anhand inhaltlicher oder demokratischer Kriterien geregelt, sondern durch administrative Hürden.

Besonders kritisch ist dabei die Kumulation mehrerer Zugangssperren. Neben der bereits bestehenden 5-Prozent-Hürde, durch die bei jeder Wahl Millionen Stimmen ohne parlamentarische Repräsentation bleiben, wird nun eine zusätzliche Vorfilterung vor der eigentlichen Wahl eingeführt. Damit entscheidet nicht mehr allein der Wählerwillen über politische Relevanz, sondern zunehmend die Fähigkeit, formale Voraussetzungen mit erheblichen organisatorischen und personellen Ressourcen zu erfüllen.

„Die Welt hat genug  
für jedermanns  
Bedürfnisse, aber nicht  
für jedermanns Gier.“

(Mahatma Gandhi)



Hinzu kommt ein praktischer Aspekt, der in der öffentlichen Debatte seit Jahren kaum berücksichtigt und durch diesen Gesetzentwurf noch eklatant verschärft wird: Für kleinere Parteien bindet die Sammlung tausender Unterstützungsunterschriften über Monate hinweg nahezu alle verfügbaren ehrenamtlichen und finanziellen Ressourcen. Der eigentliche inhaltliche Wahlkampf, also politische Diskussionen, Programmarbeit, Bürgerdialog wird dadurch massiv eingeschränkt oder faktisch unmöglich gemacht. Während etablierte Parteien frühzeitig in den Wahlkampf starten können, kämpfen andere noch um ihre bloße Zulassung. Dies führt zu einer strukturellen Verzerrung des politischen Wettbewerbs.

Vor dem Hintergrund der politischen Verschiebungen der letzten Jahre, halte ich diese Entwicklung für besonders bedenklich. Viele Menschen fühlen sich politisch nicht mehr ausreichend vertreten.

Dieses Gefühl von Distanz und Ohnmacht ist ein zentraler Nährboden für Politikverdrossenheit und Protestverhalten. Wenn demokratische Alternativen durch steigende formale Hürden weiter eingeschränkt werden, droht sich dieser Protest zunehmend an jene Kräfte zu richten, die einfache Antworten anbieten, aber demokratische Grundwerte infrage stellen.

Wollen wir das wirklich?

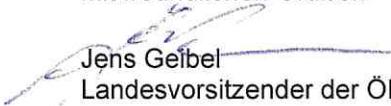
Gerade in einer Zeit, in der rechtsextreme Tendenzen wieder an Zustimmung gewinnen, sollte die politische Antwort nicht in weiterer Abschottung bestehen, sondern in mehr Offenheit, mehr Beteiligung und mehr Vertrauen in die Entscheidungskraft der Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte Sie daher eindringlich bitten, den geplanten Gesetzesentwurf noch einmal unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten zu überprüfen und zu prüfen, ob eine Stärkung der Demokratie nicht eher durch einen Abbau von Hürden, als durch deren Erhöhung erreicht werden kann.

Gerade unser direkter Nachbar, die Niederlande, zeigt, wie es funktionieren kann, wenn nicht Hürde, sondern Wertschätzung die parlamentarische Arbeit bestimmt.

Für einen Austausch zu diesem Thema stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

  
Jens Geibel  
Landesvorsitzender der ÖDP NRW

*„Die Welt hat genug  
für jedermanns  
Bedürfnisse, aber nicht  
für jedermanns Gier.“*

*(Mahatma Gandhi)*